Zeitschrift: Schauplatz Spitex : Zeitschrift der kantonalen Spitex Verbände Zürich,

Aargau, Glarus, Graubünden, Luzern, Schaffhausen, St. Gallen,

Thurgau

Herausgeber: Spitex Verband Kanton Zürich

Band: - (2007)

Heft: 5

Artikel: Irchel-Tagung: Sparen wir die Pflege kaputt?

Autor: Schwager, Markus

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-822372

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 19.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

AKTUELL Schauplatz Spitex Nr. 5 · Oktober 2007 · 20

Irchel-Tagung: Sparen wir die Pflege kaputt?

Im Rahmen der diesjährigen Irchel-Tagung befassten sich namhafte Expertinnen und Experten mit der Entwicklung der Pflege in der Schweiz sowie mit neuen Versorgungsstrukturen und Finanzierungsmodellen.

Von Markus Schwager

Christine Egerszegi-Obrist, Nationalratspräsidentin und Präsidentin der Schweizerischen Gesellschaft für Gesundheitspolitik (SGGP), konnte am 30. August rund 200 interessierte Fachleute aus dem Gesundheitswesen zur «Irchel-Tagung» begrüssen. Die Präsidentin wies dabei auf die kommenden Beratungen im Parlament hin, die endlich Klarheit über die künftige Finanzierung der Pflege bringen sollen. Im Zentrum stehe die Pflege selbst, erklärte sie. Die Gemeinschaft habe für ein menschliches Ende des Lebens zu sorgen, weshalb die Solidarität aller gefordert sei.

Wichtiger Wirtschaftsfaktor

Die Geschäftsführerin der SGGP, Anna Sax, fragte sich in ihrem Referat, wer spart wo und warum nicht? Sie wies auf die regelmässigen Meldungen über die steigenden Gesundheitskosten hin und stellte fest, dass der Gesundheitssektor schneller als die übrige Wirtschaft wachse. Das Problem seien jedoch nicht die Kosten, sondern ihre Finanzierung. Sie wies darauf hin, dass das Gesundheitswesen in der Schweiz nicht nur ein Kostenfaktor sei, sondern auch ein wichtiger Wirtschaftssektor mit einem Umsatz von über 50 Milliarden Franken. In der Schweiz werde gute Arbeit im Gesundheitswesen geleistet, und die Qualität koste. Obwohl sich Anna Sax als Gegnerin des Sparens im Gesundheitswesen outete, sieht sie doch Rationalisierungspotenzial. Es müssten die entsprechenden Anreize geschaffen werden. Eine konsequente Förderung von Managed Care und von Programmen zur Qualitätssicherung sei dringend nötig. Eine transparente und sozialverträgliche Finanzierung des Gesundheitswesens und der Pflege auf allen Stufen würde das Problem der Rationierung entschärfen.

Familiale Pflege

Prof. François Höpflinger stellte sich in seinen Ausführungen die Frage, ob nun eine Flut von pflegebedürftigen alten Menschen komme. Er wies darauf hin, dass sich die Lebenserwartung in der Schweiz deutlich erhöht habe und in den nächsten dreissig Jahren weiter ansteigen werde. Durch die allgemein gute Entwicklung der Altersversorgung würde sich der Anteil der älteren Bevölkerung mit guter und sehr guter Gesundheit weiter erhöhen. Höpflinger ist ausserdem überzeugt, die Gesundheitsförderung im Alter würde den Anstieg der Pflegebedürftigen reduzieren. Eine nicht zu unterschätzende Grösse sei die familiale Pflege. Etwa 55 bis 60 Prozent der Pflegebedürftigen würden zu Hause gepflegt, oft unter grossem Einsatz von Angehörigen. Dieses Potenzial sei heute mehr oder weniger ausgeschöpft. Ohne professionelle Unterstützung würde das familiale Pflegepotenzial sinken. Es sei daher wichtig, die pflegenden Angehörigen zu entlasten.

Im Rahmen der Parallelveranstaltungen, die sich u.a. mit neuen Versorgungsstrukturen und -modellen, der Zukunft der Pflegefinanzierung und den finanziellen Anreizen und ihren Auswirkungen auf die Patientinnen und Patienten befassten, stellte Monika Merki Frey, Geschäftsführerin der Trovacon AG, neue Finanzierungsmodelle zur Diskussion. Es seien Prioritäten zu setzen und die Frage zu stellen, was finanzierbar sei. Dabei hätten Wünsche nur bei Selbstfinanzierung Platz.

In Bezug auf die Trends stellte Merki fest, die mittlere Aufenthaltsdauer in Pflegeheimen sei seit einigen Jahren rückläufig. Die stationären Pflegekosten dürften nur unerheblich im Verhältnis zu den gesamten Gesundheitskosten ansteigen. Durch den Wunsch, möglichst lange in den eigenen vier Wänden zu bleiben, werde die Nachfrage nach Spitex weiter ansteigen. Die Spitex-Leistungen würden deshalb deutlich zunehmen, was wiederum höhere Kosten in der obligatorischen Krankenversicherung bedeuten würde. Das veränderte Leben im Alter würde neue «Partnerschaften der Pflege» bedingen. Die Spitex werde ein engerer Partner der Spitäler und Kliniken und wäre ein Teil der so genannten Behandlungskette. Mit neuen Zusatzversicherungen würde dem wachsenden Potenzial «Haushalt und Pflege» Rechnung getragen.

Stéphanie Mörikofer-Zwez, Präsidentin des Spitex Verbandes Schweiz, informierte über die Zukunft der Pflegefinanzierung. Sie beleuchtete das geltende Recht, die aktuelle Situation. Die geltenden Rahmentarife würden die Krankenkassen nur mit ca. 55 Pro-

zent der effektiven Pflegekosten belasten, hielt sie fest. Die Versicherer, das EDI und weite politische Kreise möchten den Beitrag an die Langzeitpflege auf dem heutigen Stand einfrieren und damit eine Prämienerhöhung vermeiden.

Die Spitex-Präsidentin stellte die Finanzierungsmodelle des Ständerates und des Nationalrates und die Konsequenzen vor. Abschliessend legte sie dar, wer das Kostenwachstum zu finanzieren habe. Im Gegensatz zum Modell des Ständerates, bei welchem das Kostenwachstum auf die Pflegebedürftigen überwälzt würde, sei die Aufteilung der Pflegekosten beim Modell des Nationalrates auf die Kostenträger im KVG festgelegt und somit das Kostenwachstum auf alle Beteiligten aufgeteilt.

Innovative Modelle

Im Rahmen einer Quintessenz stellte Heinz Locher, Berater im Gesundheitswesen, in seiner abschliessenden Beurteilung als generellen Lösungsansatz die Klienten-/Patientenorientierung und die Qualität in den Mittelpunkt. Dabei sei das Sparen ein Nebeneffekt. Innovative Leistungserbringungsstrukturen und Zusammenarbeitsmodelle seien zu fördern und zu erproben. Bei der Leistungsentschädigung müsste der Lenkungseffekt unterschiedlicher Regelungen für miteinander verbundene Leistungen berücksichtigt werden. Beabsichtigte Belastungs- bzw. Umverteilungseffekte müssten offen und ehrlich deklariert werden.

In Kürze

Stärker auf die Ressourcen setzen

Der Bundesrat hat im August einen Strategie-Bericht verabschiedet, der eine Alterspolitik verlangt, die verstärkt auf die Ressourcen der älteren Menschen setzt. Alterspolitik müsse zum Ziel

haben, den Beitrag älterer Menschen an die Gesellschaft vermehrt anzuerkennen, für ihr Wohlbefinden zu sorgen und materielle Sicherheit zu gewährleisten. Sie soll Autonomie und Parti-

zipation der älteren Menschen fördern und die Solidarität zwischen den Generationen stärken. Der Bericht wird nun dem Parlament vorgelegt, das über das weitere Vorgehen zu entscheiden hat.